

BONNER BÜHNE

Blutbuche im Ehrenhain

Wo stecken die vier von Jugoslawien freigelassenen Terroristen? Das ist natürlich Gesprächsstoff in allen Bonner Zirkeln. Aber die Erkundigungen in Belgrad haben dazu offenbar nichts erbracht. Wichtig als Indizien sind jedoch die aktuellen Photos, die mitgebrachten Fingerabdrücke und einige andere kriminaltechnische Erkenntnisse. Daß das Quartett noch in Jugoslawien sein könnte, ist nicht mehr als ein Denkmittel. Die meisten tippen statt dessen auf den Irak. Und Leute, die sich ein wenig auskennen, steuern die Version bei, Belgrad habe dem Aufnahmeland das Versprechen abgenommen, die vier seinerseits für längere Zeit festzuhalten. Das ergibt in der Tat Sinn, denn leicht läßt sich die nachträgliche Empörung ausmalen, die Jugoslawien träfe, wenn auch nur einer der Terroristen alsbald wieder an einem Anschlag beteiligt wäre. Wo sie sich aber tatsächlich aufhalten, darüber darf weiter geredet werden.

Im übrigen hat Bonn für den künftigen Umgang mit Belgrad die salomonische Devise ausgegeben, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, aber Überreaktionen zu vermeiden. Also zeigt man nur lau die kalte Schulter. Bei dem Empfang zum jugoslawischen Nationalfeiertag am Mittwoch war das politische Bonn nur in schmaler Besetzung vertreten, wie Titos Botschaft überhaupt reihenweise Absagen erhalten haben soll.

Indes, der aus Belgrad zurückgerufene deutsche Botschafter Jesco von Puttkamer wird wohl schon in diesen Tagen sein Zimmer im Bonner „Königshof“ wieder verlassen und auf seinen Posten zurückkehren — freilich nur, um allmählich mit seinen Abschiedsreden zu beginnen, denn im nächsten Jahr wechselt er im Zuge eines normalen Revirements nach Lissabon, während der bisherige Missionsschef in Wien, Horst Grabert, nach Belgrad geht.

Wie man die jugoslawische Sache nicht auf sich beruhen lassen könnte, darüber sind die Artisten in der Regierungskuppel freilich ziemlich ratlos. Die jugoslawischen Adriastrände mit einem Touristenboykott zu überziehen, auf diesen ebenso kraftmeierischen wie unrealistischen Wink mit dem Volkstorn konnte wohl nur die CSU verfallen. Ob Belgrad, weil es sich über manche Klauseln des Auslieferungsvertrages hinweggesetzt hat, dieserhalb zur Rede gestellt und womöglich vor ein Schiedsgericht gezogen wer-

den soll, wird noch überlegt. Am wirkungsvollsten erscheint es noch, die jugoslawischen Wünsche in Brüssel, für die sich Bonn stets sehr verwendet hat, nicht mehr so nachdrücklich zu unterstützen.

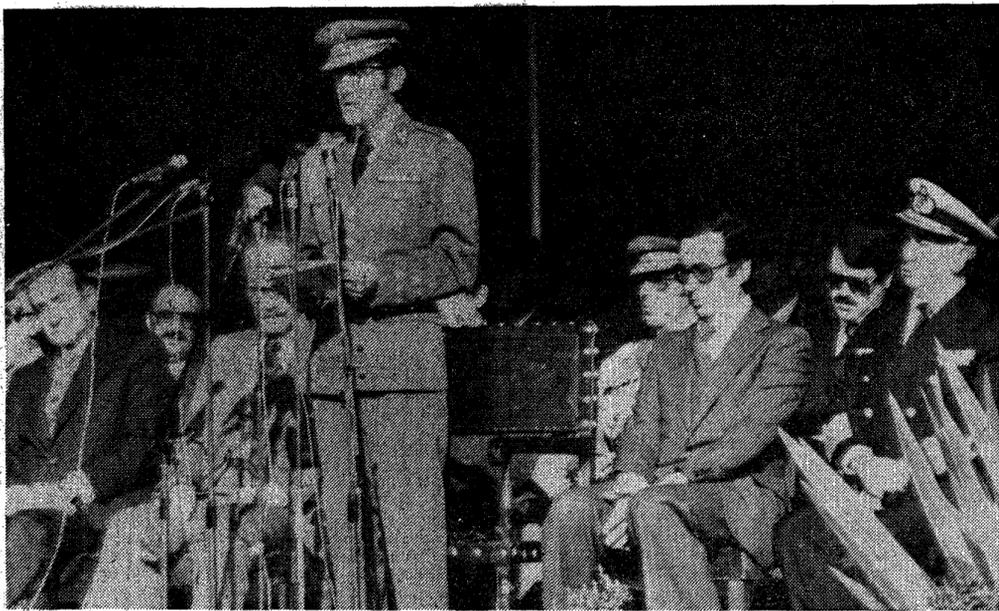
Herbert Wehner, der sich an parlamentarischen Pflichtbewusstsein von niemandem übertreffen läßt, erteilt der Volksvertretung weiter Lektionen. Erst jüngst hatte er, als das Plenum an einem Freitag wieder einmal miserabel besetzt war, den Bundestag mit dem Antrag erschreckt, die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen zu lassen.

Jetzt hat er tadelnd davon gesprochen, daß sich viele Abgeordnete nur „mit gewissen Spezialfragen“ befaßten und ihren Ehrgeiz darauf richteten, mit der Ministerialbürokratie „hinsichtlich des Raffinements von Bestimmungen und Unterbestimmungen“ zu wetteifern, während die allgemeine politische Debatte zu kurz komme.

In der Tat hat sich der Bundestag weithin in ein Parlament verwandelt, das sich tief in Einzelheiten kniet — so tief, daß es als Forum immer weniger in Erscheinung tritt. Andererseits: Wenn die politische Materie immer komplizierter wird, mit den berühmten Teufeln in den Details — wie anders als durch Spezialisierung können die Abgeordneten ihre Kontrollpflichten erfüllen? Auch über Herbert Wehners Kritik lohnte eine gründliche Debatte.

Im Kanzleramt sollen fortan ganz bestimmte Bäume in den Himmel wachsen. Demnächst wird sich dort Altbundeskanzler Kiesinger selber ein Denkmal pflanzen, nämlich in Gestalt eines rotblättrigen Ahorns, an dem dann ein Tafelchen seiner Regentschaft erinnern wird. Willy Brandt hat die Wahl zwischen einer Blutbuche, einem Amberbaum und einer Blumenesche. Ludwig Erhard und Konrad Adenauer schließlich sind zwei Bäume gewidmet worden, die im Park schon lange stehen — dem ersten Kanzler ein Blauglockenbaum, dem zweiten ein Urweltmammutbaum, ohne alle Symbolik, versteht sich.

Die Idee zu dieser botanischen Traditionspflege stammt von Helmut Schmidt. Welchen Baum er sich einmal setzen wird, ist natürlich noch nicht bekannt. Aber immerhin: Eine echt deutsche Eiche fehlt noch in dem Ehrenhain. Kein schlechtes Gewächs für einen Sozialdemokraten. Carl-Christian Kaiser



Portugals Präsident Eanes am 3. Jahrestag des Linksputsches: „Das Militär muß Ruhe bewahren“

Aufnahme: DZ

Namen und Nachrichten

Ja zu „Awacs“

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat der Anschaffung des fliegenden amerikanischen Frühwarnsystems „Awacs“ zugestimmt. Die Bundesrepublik beteiligt sich an der Beschaffung der geplanten 18 Maschinen mit 1,16 Milliarden Mark. Der Gewinn an Warnzeit durch „Awacs“ beträgt 15 Minuten.

Verfahren abgelehnt

Das Bonner Landgericht hat die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen den Journalisten Hans-Georg Faust und den Amtsrat Carl Dirnhöfer vom Bundesamt für Verfassungsschutz abgelehnt, da das vorgelegte Beweismaterial durch eine unzulässige Überwachung des Telefonverkehrs erlangt worden sei. Dirnhöfer war angeklagt worden, weil er Material über den Atomingenieur Klaus Traube Faust überlassen haben soll. Faust wurde Beihilfe vorgeworfen, weil er dieses Material dem Nachrichtenmagazin Spiegel übergeben habe.

Tschernenko: Neuer Kronprinz im sowjetischen Politbüro?

Umsetzungen im Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU lassen darauf schließen, daß Breschnjews Führung noch immer unstritten ist: Sein Adlatus Tschernenko wurde ins Zentrum der Macht geholt.

Wo immer Leonid Breschnjew in letzter Zeit auftritt, verfolgt ihn wie ein Schatten ein weißhaariger, etwas rundgesichtig-bullig wirkender, älterer Herr. Seine Anwesenheit ist keineswegs immer durch das Protokoll oder die Sachkompetenz vorgeschrieben. Aber er ist stets zur Stelle, wenn es etwa dem 72-jährigen Parteichef nicht gleich gelingt, die Lenin-Orden an die Brust der zurückgekehrten Kosmonauten zu heften, oder er sitzt plötzlich — obwohl bisher für sowjetische Partei-Internas zuständig — neben Breschnjew und Suslow am Tisch des Warschauer Pakt-Gipfels. Seit gestern steht dieser engste Breschnjew-Vertraute der letzten Jahre nun auch im Zentrum der Sowjetmacht: Konstantin Tschernenko, 67 Jahre alt, in Sibirien geboren, Zeit seines Lebens ein typischer Vertreter des Partei-Apparates, hat in den letzten drei Jahren die schnellste

Karriere gemacht, die seit dem Kriegsende überhaupt einem Sowjetführer gelungen ist.

Seit seiner gestrigen Ernennung zum Vollmitglied des Politbüros, steht Tschernenko, der gleichzeitig ZK-Sekretär ist, in der Kombination dieser wichtigsten Parteiämter neben Breschnjew, neben dem alten Chef-Ideologen und Königsmacher Suslow und neben dem bisher als Übergangskandidat Nr. 1 geltenden Parteiorganisator Andrej Kirilenko.

Der massiv wirkende Funktionär zieht heute zweifellos alle organisatorischen Fäden für Breschnjews Berater und Verbündete — wie effektiv Tschernenko das tut, zeigen die ständigen Erfolge des Breschnjew-Clans bei allen personellen Umsetzungen. Freilich ist Tschernenko bisher ein reiner Organisator von Partei- und Sicherheitsdiensten, Agitation und Propaganda, dem die Erfahrung in den anderen drei wichtigsten Bereichen fehlt: in der Außenpolitik, in Militärfragen und in der Wirtschaftsorganisation. Auch könnte es bei einer bestimmten Nachfolge-Konstellation gerade gegen ihn ausschlagen, daß er bisher nur als Breschnjews rechte Hand agiert hat.

Tschernenko also als neuen Kronprinzen zu feiern, erscheint zumindest verfrüht. Tatsache ist nur, daß mit ihm und mit Kirilenko jetzt zwei Übergangskandidaten bereitstehen: Würde der eine Parteichef, könnte der andere das Alltagsmanagement der Parteiorganisation ausüben, das zur Zeit schon in den Händen Kirilenkos liegt. Genau besehen ist also mit der Herausstellung Tschernenkos, der als politische Führungsfigur bisher noch keinerlei Profil und Ausstrahlung zeigen konnte, wieder vermieden worden, einen würdigen Kronprinzen aufzubauen. Die beiden Männer, die nach dem Herztod des Landwirtschaftsexperten Kulakow für die Rolle des Kronprinzen die größten Fähigkeiten mitbringen, haben keinen weiteren Schritt ins Zentrum der Macht getan:

- Der straffe Leningrader Parteichef Romanow, das jüngste Politbüromitglied, ist nicht zusätzlich mit einem ZK-Sekretariat betraut worden.
• Der seit langem als begabtester Mann in der Sowjet-Führung geltende Juri Andropow hat sein Amt als KGB-Chef noch immer nicht abgegeben — und aus diesem Amt kann er nicht übergangslos in die Rolle des Parteichefs schlüpfen.

Nicht überraschend kommt das Ausscheiden des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Masurow aus dem Politbüro. Der Weißrusse galt zwar lange als potentieller Nachfolger Kossigyns im Amt des Regierungschefs, aber er hat sich seit dem Sturz seines Verbündeten, des letzten offenen Breschnjew-Konkurrenten Alexander Scheljepin, nie wieder politisch erholen können. Demonstrativ kritisierte Breschnjew in seiner Rede vor dem ZK-Plenum denn auch jene Bereiche der Industrie- und Landwirtschaft, für die Masurow besonders zuständig ist.

Die Ernennung des georgischen Parteichefs Schwarnadse zum Politbüro-Kandidaten kommt schließlich auch nicht überraschend. Schon der von Schwarnadse wegen Korruption vor einigen Jahren abgelöste Mschawanadse war Politbüro-Kandidat. Schwarnadse gilt als einer der geschicktesten Taktiker, dem es auch durch mutigen persönlichen Einsatz gelungen ist, die nationalen Spannungen in Georgien wenigstens unter Kontrolle zu halten. Seine Ernennung zeigt, welche Bedeutung die Zentrale in Moskau der Situation in Georgien beimißt.

Christian Schmidt-Häuer (Moskau)

Machtwechsel in Japan

Deutliche Akzentverschiebung in der japanischen Politik sind von Fukuda-Nachfolger Ohira nicht zu erwarten. Dem Bürokraten folgt ein „Bauernjunge aus Shikoku“.

Fukudas zweijährige Amtszeit als Regierungschef und Parteichef endete mit einer deutlichen Niederlage in den Vorwahlen für die Präsidentschaft der Liberal-Demokratischen Partei (LDP). Der Sieg des Generalsekretärs der LDP, Ohira Masayoshi, kam für die meisten Beobachter völlig unerwartet. Von den 1,5 Millionen wahlberechtigten Parteimitgliedern und registrierten „Parteifreunden“ stimmten 42 Prozent für Ohira und nur 36 Prozent für Fukuda.

Trotz aller vordringenden Erfolge, wie etwa dem Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages mit China, seinen Auftritten bei der ASEAN-Konferenz und dem Weltwirtschaftsgipfel, war Fukuda ein glückloser Regierungschef. Seine Popularität in der Bevölkerung blieb stets außerordentlich gering.

Der künftige Ministerpräsident Ohira ist wie sein langjähriger treuer Verbündeter, der frühere Ministerpräsident Tanaka, ein „Mann des Volkes“. 1910 als Sohn eines Bauern in einem vergessenen Winkel der kleinsten der japanischen Hauptinseln, auf Shikoku, geboren, mußte er sich seine Karriere hart erarbeiten. Nach einem Studium, das er als Hilfsarbeiter finanzierte, trat er 1936 in das Finanzministerium ein.

In der LDP gewann er früh einflussreiche Freunde: Alle seine Vorgänger betrauten ihn mit Kabinettsposten. Unter Tanaka war er als Außenminister maßgeblich an der Normalisierung der Beziehungen zu China beteiligt. So wäre er ein logischer Nachfolger Tanakas gewesen, als dieser stürzte, aber sowohl

1974 als auch 1976 blockierte Fukuda seine Wahl zum Regierungschef. Fukuda hätte seinen langjährigen Gegenspieler gern ganz ausgeschaltet. Aus seinem Kabinett konnte er ihn zwar fernhalten, dafür mußte er Ohira aber den Posten des Generalsekretärs der LDP überlassen.

Ohira hatte dieser Regelung nur unter der Bedingung zugestimmt, daß Fukuda nach zwei Jahren Amtszeit Kampfplätzen seinen Platz für ihn räume. Als Fukuda mit der Ankündigung seiner erneuten Kandidatur diese (geheime) Absprache brach, nutzte Ohira offensichtlich seine Position als Generalsekretär, durch die er den Parteiparagrafen kontrolliert, Fukuda endlich mattzusetzen.

Dabei konnte er auf eine Reihe offener und versteckter Verbündeter zählen: Tanakas Geld, wie Kritiker meinen, die organisatorische Unterstützung der inaktiven Tanaka-Fraktion und das Stillhalten der Gruppe um den Fukuda-Vorgänger Miki, der einen alten Gröll gegen seinen Nachfolger hegt, haben Ohira zum Sieg verholfen.

Die Wahl Ohiras dürfte keine erkennbaren politischen Veränderungen bringen. Trotz seiner Karriere in der Bürokratie des Finanzministeriums ist der „Bauernjunge aus Shikoku“, der stets Schwierigkeiten hat, frei zu sprechen, weniger ein Mann der Ministerialbürokratie wie Fukuda, als vielmehr ein Vertreter der „schweigenden Mehrheit“. In der LDP wird Ohira den „Tauben“ zugeordnet: Er ist immer für vorsichtige Zurückhaltung bei Erhöhung der Verteidigungsausgaben eingetreten und lehnte jede Art von „Notstandsgesetzgebung“ ab. Außenpolitisch unterscheidet er sich von Fukuda, der in der LDP als Taiwan-Mann galt, weil er auf verstärkte Beziehungen zur Volksrepublik China setzte.

Manfred Pohl (Tokio)

Löwenthal bricht mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“

Professor Richard Löwenthal, einer der angesehensten Politologen der Bundesrepublik, ist aus dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“ ausgetreten. DIE ZEIT befragte ihn zu den Gründen dieses spektakulären Schrittes.

ZEIT: Sie haben den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ mitbegründet und in seiner umkämpften Frühzeit wiederholt gegen Angriffe von links verteidigt, auch in unseren Spalten. Warum sind Sie jetzt aus ihm ausgetreten?

Löwenthal: Nach der Gründungsdeklaration, die ich entworfen habe, ist der Bund zur Verteidigung eines Grundrechts, eben der Freiheit der Wissenschaft, geschaffen worden, die durch freisinnige Extremisten an den Hochschulen und undurchdachte Hochschulgesetze gefährdet wurde, die diesen Extremisten Macht gaben. Zu diesem Ziel haben sich damals kämpferische Liberale aus allen demokratischen Parteien zusammengeschlossen. Sie haben später auch den Kampf gegen das Übergreifen der extremistischen Einflüsse von den Hochschulen auf die Schulen, durch solche ideologischen Verirrungen wie die ursprünglichen Hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftskunde, geführt.

In den vier Jahren seit meiner Emeritierung bin ich im Bund nicht mehr aktiv gewesen. In dieser Zeit hat sich die Führung des Bundes über das ursprüngliche defensive Ziel hinaus veranlaßt gesehen, ein Gesamtkonzept der Bildungspolitik zu entwickeln, das nach meiner Meinung mit dem überparteilichen Charakter des Bundes nicht vereinbar ist.

Worin hat sich das gezeigt? Zuerst darin, daß sich der Bund im Frühjahr zusammen mit der CDU an dem nordrhein-westfälischen Volksbegehren gegen die kooperative Schule betei-

ligte, und zwar unter der Losung: pro-Schule — contra Gesamtschule. Eine solche Kampagne gegen die Gesamtschule ist aber nicht mit dem Prinzip der Chancengleichheit in der Bildung zu vereinbaren, das ich als überzeugter Sozialdemokrat vertritt.

Haben Sie sich überzeugt, daß es sich hier nicht nur um einen regionalen Einzelfall, sondern um eine bewußte Wendung in der Gesamtpolitik des Bundes handelt?

Ich habe im Laufe des Sommers meine Besorgnisse in Gesprächen mit meinen Freunden im Vorstand des Bundes zum Ausdruck gebracht. Mir wurde zunächst versichert, sie selbst seien in Fragen der Schulpolitik nicht so zu Hause, und ich solle der Sache nicht soviel Gewicht bei-

legen. Aber auf der Mitgliederversammlung in Bonn (am 22. November 1978, d. Red.) wurde im Tätigkeitsbericht eben dieses Volksbegehren als die wichtigste Aktion des Bundes in den letzten zwei Jahren gefeiert... und prinzipiell begründet. Erst daraufhin habe ich meinen Austritt erklärt.

Der Bund ist von Anfang an als rechtslastig angegriffen worden. Sie haben ihn lange dagegen verteidigt. Haben Sie sich überzeugt, daß Sie unrecht hatten?

Nein. Diese Angriffe behaupteten, es gäbe im Bund rechtsextreme Tendenzen. Davon konnte und kann keine Rede sein. Aber es gibt heute eine Tendenz, sich mit der Bildungspolitik der CDU zu solidarieren. Das zeigt auch die neue Rolle der Berliner Ortsgruppe des Bundes, der

„Notgemeinschaft“, als Kern einer Wählerinitiative für Richard von Weizsäcker. Damit ist die ursprüngliche Überparteilichkeit zu Ende.

Sie haben anderswo davon gesprochen, daß der Bund in der Frage der Revision des Extremistenbeschlusses zu negativ sich verhalten hat. Warum und wie stehen Sie zu diesem Problem?

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir keine Leute, die unter der Disziplin kommunistischer Organisationen stehen, als Lehrer brauchen können — daß wir in unserem extrem dezentralisierten Schulsystem, in dem die Freiheit des einzelnen Lehrers sehr groß ist, keine Lehrer brauchen können, die unter der Disziplin kommunistischer Organisationen stehen. Ich bin aber der Meinung, daß die Methoden, mit denen man versucht hat, das Eindringen von Extremisten in den öffentlichen Dienst zu verhindern, mehr geschadet als genützt haben und radikal revidiert werden müssen. Mit anderen Worten: Ich bin gegen die Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Was hat denn der Bund geleistet, was auch in Ihrem Sinne gewesen ist?

Er hat den Kampf gegen die Eroberung von Hochschulen durch links-extreme Gruppen in einer Reihe von Fällen mit Erfolg geführt. Er hat mit der Kritik der ursprünglichen Hochschulgesetze dazu beigetragen, daß das Bundeshochschulrahmengesetz in seiner jetzigen Fassung angenommen wurde, das ich immer noch für ungenügend, aber doch für eine Verbesserung gegenüber den ursprünglichen halte.

Hat der Bund noch eine Lebensberechtigung?

Das sollen sich seine Vertreter fragen, wenn sie nach einiger Zeit finden, daß sie in das Schlepptau einer Partei gekommen sind.

H. B.

Der 188. Putsch in Bolivien

Bolivien erlebte am vergangenen Freitag den zweiten Militärputsch des Jahres und den 188. seiner Geschichte. General Pereda mußte gehen, Armeekommandant Padella übernahm die Macht.

Der neue Regierungschef kündigte für den Juli 1979 freie Wahlen an und versprach, daß am 6. August 1979 ein ziviler Präsident die Regierungsgeschäfte aufnehmen werde. Damit kann sich im nächsten Jahr wiederholen, was im Juli dieses Jahres scheiterte, nämlich der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie. Nach sieben Jahren — für bolivianische Verhältnisse ein Rekord — hatte General Banzer die ersten Wahlen seit 14 Jahren zugelassen. Sein Kandi-

dat Pereda, gestützt von der Rechten, siegte nur dank eines massiven Wahlschwinds, der dann allerdings zu einer Annullierung der Abstimmung durch das Oberste Gericht führte. In diesem Augenblick putschte Pereda.

Nach vier Monaten mußte er nun gehen. Der starke linke oder junge Flügel der Offiziere versagte ihm die Gefolgschaft, als er Wahlen erst 1980 durchführen wollte. Pereda verfolgte zu ausgesprochen die Interessen der weißen und wohlhabenden Minderheit im östlichen Tiefland Boliviens; die neue Regierung wie die UDP verstehen sich als Vertreter der Mehrheit im westlichen Hochland. Ob sie freilich ihre versprochenen Sozialreformen durchführen können, steht dahin. Gegen solche Versuche fand sich bisher immer eine putschende Offiziersclique, H. B.

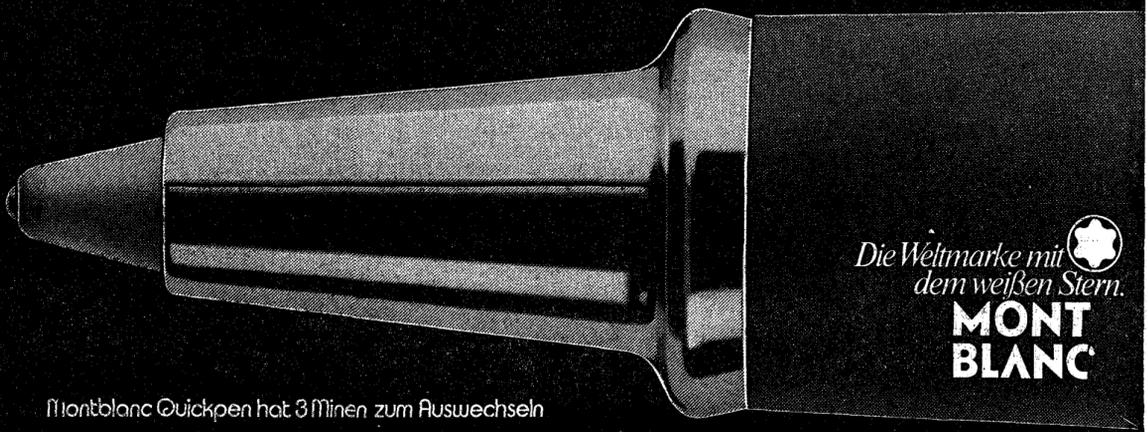
Drei in Einem

Mit dem Montblanc Quickpen finden Sie Ihre eigene Linie.

fein

weich

markant



Die Weltmarke mit dem weißen Stern. MONTBLANC

Montblanc Quickpen hat 3 Minen zum Auswechseln